



Empfehlungen der Regionalinitiativen der deutschen Wirtschaft an die neue Bundesregierung

Berlin, März 2025

Asien-Pazifik

Die Asien-Pazifik-Region ist für die deutsche Wirtschaft der bedeutendste außereuropäische Wirtschaftsraum. Prognosen zufolge wird die Hälfte des weltweiten Wirtschaftswachstums in den kommenden zehn Jahren aus Asien stammen. Die Bedeutung zeigt sich auch in den Handelszahlen: 2023 beliefen sich die deutschen Exporte in den asiatisch-pazifischen Raum auf 214,6 Milliarden Euro – ein Anteil von 43 Prozent an den deutschen Exporten in Nicht-EU-Staaten.

Herausforderungen

Wie auch in anderen Regionen nehmen Protektionismus und Wirtschaftsnationalismus in Asien-Pazifik zu. Gleichzeitig schreitet die regionale Integration durch Abkommen wie die Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) und die Comprehensive and Progressive Trans-Pacific Partnership (CPTPP) voran, während die bilaterale Freihandelsagenda der EU in der Region kaum Fortschritte macht. Gerade der Export aus Deutschland leidet unter diesen Entwicklungen.

China bleibt der wichtigste Wirtschaftspartner Deutschlands in Asien und bietet Chancen, die wir weiter nutzen wollen. Die Innovationsfähigkeit Chinas, insbesondere im Bereich grüner Technologien, autonomem Fahren, AI, Luftfahrttechnologien und Gesundheitswirtschaft hat stark zugenommen und bietet Kooperationspotentiale für deutsche Unternehmen. Allerdings sehen sich deutsche Unternehmen mit erhöhtem Wettbewerb, zunehmenden Wettbewerbsverzerrungen und wachsenden geopolitischen Risiken konfrontiert. Im chinesischen Markt kommen mangelnde Transparenz und Planbarkeit bei Regulierungsprozessen sowie in Teilbereichen eine eingeschränkte Rechtssicherheit hinzu. Dies verschärft den Wettbewerb für deutsche Unternehmen, die zunehmend unter Druck stehen, sich in China zu lokalisieren, um ihre Marktanteile in China und auch in Drittstaaten zu verteidigen. Dazu führen Chinas territoriale Gebietsansprüche und Einflussnahme immer wieder zu politischen Spannungen mit seinen Nachbarländern, was die Stabilität regionaler Märkte erheblich beeinträchtigen kann. Gleichzeitig verschärfen sich die geopolitischen Risiken zwischen den USA und China, und werden unter der Trump Administration weiter zunehmen, was eine wachsende Belastung für die Geschäftstätigkeit deutscher Unternehmen darstellt.

Aufgrund der bereits spürbaren Auswirkungen des Klimawandels und ihrer hohen Entwicklungsdynamik sehen sich zahlreiche Länder Asiens mit zunehmend größeren ökologischen und sozialen Herausforderungen konfrontiert. Mit China und Indien befinden sich zwei der weltweit drei größten CO₂-Emittenten in der Region. Zudem sind divergierende Vorstellungen zu Menschenrechten und Nachhaltigkeit in den letzten Jahren immer stärker in den Fokus der Beziehungen mit einigen asiatischen Ländern gerückt.

Petita an die neue Bundesregierung

Präsenz in Asien-Pazifik stärken

Deutschland sollte seine Präsenz und sein Engagement in der globalen Schlüsselregion Asien-Pazifik auf breiter Front ausbauen. Die Bundesregierung muss sicherstellen, dass die Präsenz deutscher Entscheidungsträger durch regelmäßige Reisen, Teilnahme an relevanten Konferenzen und Gespräche auf höchster Ebene in der Region auf einem hohen Niveau bleibt. Die Bundesregierung sollte die Asien-Pazifik-Konferenz wie bei den letzten APKs 2022 in Singapur und 2024 in Neu-Delhi als herausragende Plattform für den Dialog mit Asien weiter intensiv nutzen. Daneben sollten etablierte Formate wie Regierungskonsultationen, Wirtschaftsausschüsse und begleitende Wirtschaftsdelegationen bei Reisen auf Ebene von Ministern und Staatssekretären zielgerichtet fortgesetzt werden. Besuche in Deutschland von asiatischen Regierungsvertretern – auch von bislang weniger bedeutenden Märkten – können ebenfalls zum Ausbau der Beziehungen genutzt werden.

Darüber hinaus müssen Visa- und Aufenthaltsgenehmigungen erleichtert werden, um den Austausch zu erleichtern und qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland zu mobilisieren. Die Fachkräftestrategie Indien setzt hierfür beispielsweise die richtigen Impulse. Entscheidend ist eine konsequente, abgestimmte Umsetzung, um die Arbeitsmarktmigration zu erleichtern.

Diversifizierung vorantreiben, FTAs flexibel zum Abschluss bringen

Es ist für die Zukunft des Exportlandes Deutschland von zunehmender Bedeutung, sich früh und entschlossen auf den global wichtigsten Zukunftsmärkten zu positionieren. Das Engagement in dynamischen Wachstumsmärkten im Asien-Pazifik-Raum spielt für die Stärkung wirtschaftlicher Resilienz durch eine Diversifizierung von Absatz- und Beschaffungsmärkten eine entscheidende Rolle. Insbesondere im Bereich Nachhaltigkeit und Klimawandel muss die Zusammenarbeit verstärkt werden, da deutschen Unternehmen in diesen Bereichen in Asien hohe Kompetenz zugeschrieben wird. Der rasche Abschluss neuer Handelsabkommen insbesondere mit Indien, Indonesien und Malaysia ist hierfür unverzichtbar. Um dies zu erreichen, ist ein pragmatisches und flexibles Vorgehen bei den Verhandlungen wichtig. Außerdem muss die Umsetzung der europäischen Lieferkettenrichtlinien praxistauglich und mittelstandsfreundlich gestaltet werden, um Handelsspannungen mit Entwicklungs- und Schwellenländern zu verringern. Die Global Gateway Initiative der EU kann ein wichtiger Baustein werden, um Entwicklungsländern attraktive und auf ihre Bedürfnisse angepasste Angebote für den Ausbau von Infrastruktur und die Bewältigung des Klimawandels zu machen, die gleichzeitig europäische Qualitätsstandards berücksichtigen. Die Bundesregierung sollte sich deshalb dafür einsetzen, dass diese Themen auf EU-Ebene vorangebracht werden.

Fokus auf eigene Stärken im Wettbewerb mit China

Die Bundesregierung sollte sich weiterhin an den Grundsätzen der bestehenden Chinastrategie orientieren. Grundsätzlich gilt es die Vorteile des wirtschaftlichen Austausches zu nutzen, da China weiterhin ein zentraler Wirtschaftspartner Deutschlands bleibt. Gleichzeitig sollte das Ziel sein, nationale Risiken zu minimieren und die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. „Derisking statt Decoupling“ bleibt der richtige Ansatz. Allerdings bedarf es einer konkreteren und ambitionierteren Umsetzung der Strategie. Effektive Defensivinstrumente sind wichtig, um Marktverzerrungen auszugleichen und nationale Sicherheitsrisiken zu verringern. Der bisherige Fokus beim Derisking auf der Defensive sollte aber stärker in Richtung Offensive verschoben werden. Aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten und wachsender Spannungen mit den USA nimmt für China die Bedeutung der EU, Chinas größter Exportmarkt, weiter zu. Die nächste Bundesregierung muss gemeinsam mit der EU eigene Interessen geschlossen und selbstbewusst gegenüber China adressieren und auf eine Verbesserung des Marktzugangs, marktwirtschaftliche Reformen und auf höhere Nachhaltigkeitsstandards hinwirken. Hier sollten klare Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sowohl Kooperation als auch Wettbewerb zum gegenseitigen Nutzen ermöglichen.

Kooperation mit strategischen Partnern vertiefen

Die Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit und der Ausbau von internationalen Partnerschaften sind im Wettbewerb entscheidend. Die Bundesregierung sollte sich in Handels- und Technologiefragen eng mit gleichgesinnten Partnern wie Australien, Indien, Indonesien, Japan, Neuseeland, Singapur, Südkorea, oder Taiwan abstimmen, um sich strategisch breit aufzustellen. Deutschland und die EU müssen darauf dringen, auch bei regionalen Initiativen und Mikroallianzen – gerade im Bereich kritischer Schlüsseltechnologien, wie z. B. Halbleiter – als verlässlicher Partner einbezogen zu werden. Eine gemeinsame Definition von wirtschaftlich sicherheitsrelevanten Bereichen sowie gemeinsame Positionen, etwa beim Klimawandel, könnten auch einer globalen Entkopplung entgegenwirken.

Im Jahr 2024 waren die USA Deutschlands wichtigster Handelspartner und haben China somit überholt. Mit 658 Milliarden US-Dollar an ausländischen Direktinvestitionen ist Deutschland der drittgrößte ausländische Investor in den USA und schafft dort fast 900.000 Arbeitsplätze. Diese Verflechtungen machen deutlich, dass stabile Handelsbeziehungen im beiderseitigen wirtschaftlichen Interesse liegen.

Herausforderungen

Handels- und Investitionspolitik

Die EU und die USA unterhalten die größte bilaterale Handels- und Investitionspartnerschaft. Zusätzliche Zölle, wie sie vom neuen US-Präsidenten angekündigt wurden, führen zu erheblichen wirtschaftlichen Einbußen sowohl bei den US-Handelspartnern wie der EU, als auch in den USA selbst. Ständig neue Zollandrohungen führen insgesamt zu Unsicherheit und wirken sich negativ auf die exportabhängige Volkswirtschaft Deutschland aus. Da zahlreiche deutsche Unternehmen in Produktionsnetzwerke im *United States-Mexico-Canada-Agreement* (USMCA)-Raum eingebunden sind, schaden auch zusätzliche US-Zölle auf Importe aus Mexiko und Kanada der deutschen Wirtschaft.

Laut einer Studie vom IW Köln (2024) könnte ein transatlantischer Handelskrieg mit gegenseitigen Zöllen von 20 Prozent zu einem Rückgang des BIP in der EU um 0,4 Prozent im Jahr 2025, 1,1 Prozent im Jahr 2026 und 1,3 in den Jahren 2027 und 2028 führen. Insgesamt hängen in Deutschland rund 1,2 Millionen Arbeitsplätze an den Exporten in die USA; 400.000 mehr als an den Exporten nach China. Laut dem Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (2025) könnten durch Zölle und Gegenzölle 200.000 bis 300.000 Arbeitsplätze in Deutschland verloren gehen. Insbesondere die Pharmaindustrie (hier gingen 2023 23,2 Prozent aller Exporte in die USA), der Maschinenbau (13 Prozent), die Fahrzeugbranche (Kraftwagen und Kraftwagenteile bei 12,6 Prozent) und die Chemieindustrie wären von Zöllen stark betroffen, da hier ein besonders hoher Anteil der Beschäftigten rechnerisch für den US-Markt arbeitet (Prognos-Institut 2025).

Energie- und Klimapolitik

Die USA haben nach Amtsantritt von US-Präsident Trump erneut den Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen angekündigt. Offiziell vollzieht sich dieser Austritt erst nach einem Jahr. Der Schritt wird sowohl Brüssel als auch Berlin fordern, sich stärker für klimapolitische Ziele einzusetzen. Weiterhin hat Trump angekündigt, etwaige Zölle von der Abnahme US-amerikanischen Flüssiggases abhängig zu machen.

Stabilität der Europäischen Union

Sowohl Trump selbst als auch sein Umfeld haben sich wiederholt ihre Skepsis gegenüber der EU geäußert und pflegen teils Beziehungen zu erklärten EU-Gegnern wie der AfD in Deutschland oder Viktor Orban in Ungarn. Sollte die zweite Trump-Administration entsprechend gesinnte Kräfte politisch und finanziell unterstützen, so könnte dies den Zusammenhalt, das politische Gewicht und letztendlich die Stabilität der EU enorm schwächen.

Geopolitische Spannungen, Ukrainekrieg und das Verhältnis zu China

Trotz Zeitenwende bleibt die Bundesrepublik in sicherheitspolitischer Hinsicht stark abhängig von den USA bzw. der NATO. Sollte die Trump-Administration die US-amerikanische Unterstützung für die Ukraine einstellen, hätte dies schwer abschätzbare Folgen für die Sicherheit und Wirtschaft Deutschlands. Darüber hinaus dürfte der Druck auf Deutschland, sich im Kontext der zunehmenden Rivalität zwischen China und den USA klarer zu positionieren, stetig zunehmen. In der Anwendung extraterritorialer Sanktionen dürfte die kommende Administration wenig Rücksicht auf Verbündete nehmen.

***Level playing field* im Banken- und Finanzsektor**

Das Regulierungsgefälle zu den USA und daraus resultierende ungleiche Wettbewerbsbedingungen benachteiligen deutsche und europäische Institute. Aussagen möglicher Kandidaten für die Spitzenpositionen der relevanten US-Bankenbehörden lassen darauf schließen, dass Basel III nicht umgesetzt oder signifikant abgeschwächt würde.

Petita an die Bundesregierung

Gesprächskanäle stärken

Die Bundesregierung sollte sich sowohl in Brüssel als auch in Washington dafür einsetzen, ein Nachfolge-Format des EU-US Trade and Technology Council aufzusetzen, gleichzeitig jedoch Gesprächskanäle mit einzelnen Bundesstaaten vertiefen. Der Umgang mit US-amerikanischen Zöllen erhöht die Dringlichkeit, die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, beispielsweise durch den Abbau von Bürokratie oder Investitionen in Infrastruktur und Digitalisierung. Gleichzeitig gilt es, gemeinsam mit den USA eine Positiv-Agenda zu entwickeln. Hierzu zählen bessere Koordination bei industriepolitischen Themen und gemeinsame Initiativen bei der Sicherung kritischer Lieferketten.

Energie- und Klimapolitik

In Deutschland und in Europa steht angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Schwäche eine Neujustierung der Energie- und Klimapolitik auf der Tagesordnung. Mit Blick auf die zweite Amtszeit Trumps sollte die Bundesregierung international weiterhin eine Führungsrolle in der Klimapolitik einnehmen und dies mit Allianzen untermauern.

Weiterhin sollte Berlin wirtschaftliche Aspekte von Klimaschutz und Energiepolitik stärker betonen, etwa durch neue Initiativen zur Steigerung von LNG- und Wasserstoff-Importen.

Sicherheitspolitik

Die EU und ihre Mitgliedstaaten müssen ihre militärischen Fähigkeiten ausbauen und die nötigen Investitionen im Verteidigungssektor tätigen, um die transatlantische Sicherheits- und Verteidigungspartnerschaft zu stärken und einer Schwächung der NATO sowie der europäischen Sicherheit entgegenzuwirken. Die Steigerung industrieller Kapazitäten ist entscheidend, um den aktuellen und künftigen Bedarf an Ausrüstung und Munition für die Bundeswehr, NATO-Partner und die Ukraine zu decken. Mittelfristig erfordert dies nicht nur zwei, sondern eher über drei Prozent des BIP für das Verteidigungsbudget

Gemeinsames Verständnis der Ziele gegenüber China

Im Kontext der zunehmenden Rivalität zwischen China und den USA stellt die deutsche Chinapolitik – beispielweise das Votum gegen Schutzzölle auf chinesische E-Autos, das langwierige Finden einer Position zu kritischer Infrastruktur aus chinesischer Herstellung – aus Sicht Washingtons eher Teil des Problems als Teil der Lösung dar. Es bedarf daher eines gemeinsamen transatlantischen Verständnisses, wo Risiken bestehen bzw. welche Teile der Wirtschaftsbeziehungen mit China unproblematisch sind.

***Level playing field* im Banken- und Finanzsektor**

Die kommende Bundesregierung muss in der EU darauf hinwirken, dass die Umsetzung von Basel III nicht als unverrückbar angesehen wird und es vergleichbare Wettbewerbsbedingungen für europäische Banken gibt.

Zusätzlich sollte die Bundesregierung bilateral und im Rahmen internationaler Fora weiterhin verstärkt auf die Vorteile der Umsetzung und Einhaltung internationaler Standards für die Wirtschaftsbeziehungen und die Stabilität des internationalen Finanzsystems verweisen.

Osteuropa und Zentralasien

Auf die 29 Länder der Ost-Ausschuss-Region entfallen aktuell 18 Prozent des deutschen Außenhandels, mehr als der Handel mit den USA und China zusammengenommen. Die Anforderungen des EU-Green Deal zur Klimaneutralität bis 2050 stellen die Region vor große Herausforderungen. Zudem hat der Krieg Russlands gegen die Ukraine weitere Transformationsprozesse in Gang gesetzt, die die deutschen Wirtschaftsbeziehungen mit der Region nachhaltig verändern. Russland spielt als Handelspartner für Deutschland nur noch eine geringe Rolle (Import: Platz 36/Export: Platz 59). Hingegen hat Polen seine herausragende Bedeutung für die deutsche Wirtschaft ausgebaut und ist nun das viertwichtigste Exportziel für deutsche Waren (vor China). Länder wie die Ukraine, Kasachstan und Usbekistan sind noch stärker in den Fokus der deutschen Wirtschaft gerückt. Auch der deutsche Handel mit den sechs Ländern des Westlichen Balkans wächst kontinuierlich. Für neue Dynamiken in der Zusammenarbeit mit der Region sorgen Projekte zur Erzeugung von grünem Strom und Wasserstoff an der östlichen Adria, am Schwarzen Meer, an der Ostsee und am Kaspischen Meer sowie die Entwicklung neuer, sicherer Lieferketten und Transportwege. Strategisch wichtige Projekte sind aktuell der verstärkte Bezug von Rohöl aus Kasachstan und anderer kritischer Rohstoffe aus Zentralasien sowie die geplante Erschließung der Lithium-Vorkommen in Serbien unter Einhaltung europäischer Umwelt- und Arbeitsstandards.

Herausforderungen:

- Der Wiederaufbau der Ukraine sollte auch unter Kriegsbedingungen stattfinden, um das Land stabil zu halten und deutschen Unternehmen vor Ort eine Perspektive zu geben.
- Der Schutz des gemeinsamen EU-Binnenmarktes gegen protektionistische Tendenzen in einzelnen EU-Ländern muss gestärkt werden.
- Der Abbau von Wirtschaftshemmnissen und das Setzen von zusätzlichen Wachstumsimpulsen muss durch ein höheres Tempo bei den laufenden EU-Beitrittsverfahren vorangetrieben werden.
- Die Sicherung der europäischen Energie- und Rohstoffversorgung und die Verkürzung der Lieferketten muss durch neue Partnerländer und Projekte in Südosteuropa und Zentralasien flankiert werden.
- Programme zur Gewinnung von Fachkräften sollten weiterentwickelt werden.

Petita an die neue Bundesregierung

Deutsch-polnischen Motor stärken

Wenn es um die Reform der EU, europäische Resilienz in Wirtschafts- und Sicherheitsfragen, um eine Erweiterung des EU-Binnenmarkts und um den Wiederaufbau der Ukraine geht, müssen Berlin und Warschau enger kooperieren. Jährliche deutsch-polnische Regierungskonsultationen sollten durch hochrangige Wirtschaftsgespräche begleitet werden. Eine gemeinsame Agenda mit grenzüberschreitenden Leuchtturmprojekten wie etwa einem deutsch-polnischen KI-Entwicklungszentrum in Stettin oder Breslau sollte erarbeitet werden.

Unser Engagement in der Ukraine

Deutsche Unterstützung trägt maßgeblich dazu bei, dass sich die Ukraine gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands behauptet. Sicherheit für die Ukraine bedeutet gleichzeitig Sicherheit für dort engagierte deutsche Unternehmen, aber auch Sicherheit für die EU. Die neue Bundesregierung darf in ihrem Engagement nicht nachlassen. Sie muss entschlossen für den Reformprozess in und die europäische Integration der Ukraine eintreten. Finanzhilfen für den Wiederaufbau müssen stärker mit der Einbindung deutscher und europäischer Unternehmen verknüpft werden.

EU-Erweiterung und Demokratie

Eine künftige Bundesregierung sollte sich für eine Beschleunigung laufender EU-Beitrittsverhandlungen und partielle Mitgliedschaften in EU-Institutionen bereits vor dem endgültigen Beitritt einsetzen. Zur Heranführung der Länder des Westlichen Balkan an die EU sollte der Berlin Prozess weiterhin eng begleitet und die regionale Zusammenarbeit forciert werden. Ziel muss es sein, die EU wieder aufnahmefähig zu machen und bis 2028 den Beitrittsprozess mit mindestens einem Land abzuschließen (beispielsweise Montenegro).

In Anbetracht aktueller negativer Entwicklungen muss sich die neue Bundesregierung entschieden für die Einhaltung der Binnenmarktregeln in allen EU-Mitgliedsländern einschließlich Ungarns einsetzen.

Die europäische Nachbarschaft

Der „Carbon Border Adjustment Mechanism“ stellt ab 2026 die auf den EU-Markt orientierten östlichen EU-Nachbarländer vor große Transformationsaufgaben. Gleichzeitig eröffnen sich Chancen, deutsche Technologien zur Anwendung zu bringen und grünen Strom und Wasserstoff aus der Region zu beziehen. Förderprogramme- und projekte sollten hier entsprechende Schwerpunkte setzen.

Die neue Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass das EU-Programm „Global Gateway“ zur Verbesserung der Handels- und Verkehrsverbindungen mit Zentralasien

endlich Ergebnisse erzielt. Die jährlichen Zentralasien-Gipfeltreffen der Bundesregierung im Format Z5+1 sollten fortgesetzt, müssen aber ergebnisorientierter gestaltet werden.

Mit Usbekistan und Kirgisistan sind 2024 Abkommen zur Aus-, Weiterbildung und Beschäftigung von Fachkräften in Deutschland abgeschlossen worden. Dieser Prozess sollte politisch eng begleitet, erkannte Schwachstellen beseitigt werden. Zur Aus- und Weiterbildung von Fachkräften für deutsche Investoren in der Region geht es zudem darum das erfolgreiche Stipendienprogramm der Deutschen Wirtschaft für die Länder des Westlichen Balkans, das von BMZ und Ost-Ausschuss als Public Private Partnership gemeinsam getragen wird, für die Zukunft abzusichern.



Lateinamerika

Lateinamerika und die Karibik sind und bleiben ein attraktiver Markt und Wirtschaftsstandort für deutsche Unternehmen. Die Region bietet immense Chancen, insbesondere durch ihren Rohstoffreichtum, durch günstige Bedingungen für die Produktion von erneuerbaren Energien und als strategischer Partner in einer sich verändernden geopolitischen Lage.

Dennoch verzeichnete der Handel mit Deutschland in den vergangenen zehn Jahren nur mäßige Wachstumsraten (Export: +14,7 Prozent; Import: +6,6 Prozent) im Vergleich zu China (Export: +83,2 Prozent; Import: +92,3 Prozent) und den USA (Export: +27,9 Prozent; Import: +41,6 Prozent). Auch bei Investitionen in der Region gehört Deutschland mit rund 48 Mrd. Euro zu den Schlusslichtern im OECD-Vergleich. Das Potenzial für eine verstärkte Zusammenarbeit ist groß. Beide Seiten können durch engere Kooperation bei Dekarbonisierung, Digitalisierung und Infrastrukturvorhaben voneinander profitieren und ihre Position in der Weltwirtschaft stärken.

Mit dem politischen Abschluss des EU-Mercosur Handelsabkommens im Dezember 2024 hat die EU ein starkes Signal gesendet, die Handelsbeziehungen ausbauen zu wollen und auf eine verstärkte und nachhaltige Partnerschaft zu setzen.

Herausforderungen und Chancen

- Einfuhrzölle in die Mercosur-Staaten verursachen für Unternehmen in der EU noch jährlich Kosten in Höhe von ca. vier Mrd. Euro. 12.500 deutsche Unternehmen exportieren in die Staaten der Region, davon sind 72 Prozent kleine und mittlere Unternehmen (KMU).
- Die Länder Lateinamerikas und der Karibik sind stark interessiert an Kooperationen im Bereich der erneuerbaren Energien, der Produktion von grünem Wasserstoff und der gemeinsamen nachhaltigen Exploration kritischer Rohstoffe. Hintergrund ist neben der Betonung der Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung auch die Notwendigkeit, in Folge der zunehmenden Fragmentierung der Weltwirtschaft und der zunehmenden geopolitischen Spannungen, Lieferketten risikoarm zu gestalten und zu diversifizieren.

Petita an die neue Bundesregierung

Handels- und Kooperationsabkommen abschließen

Ziel muss es sein, die Investitionen in und den Handel mit Ländern Lateinamerikas zu erleichtern. Deutsche Investitionen nehmen zwar wieder stärker zu als noch vor einigen Jahren, allerdings ist hier durchaus noch Luft nach oben. Deutsche und europäische Unternehmen haben ein berechtigtes Interesse, dass die bestehenden Handels-schranken durch ein Handelsabkommen mit den Mercosur-Staaten, Mexiko und weiteren

Ländern beseitigt werden. Schätzungen zufolge spart das Abkommen deutschen Unternehmen etwa 4 Mrd. Euro an Zöllen. Ende 2024 ist mit dem politischen Abschluss ein wichtiger Schritt vollzogen worden: Die juristische Prüfung und Übersetzung in die EU-Amtssprachen müssen jetzt zügig folgen. Danach muss der Text vom Rat der Europäischen Union beschlossen werden und das Europäische Parlament zustimmen. Die Bundesregierung und EU müssen sich stark machen, damit das Abkommen nach über 25 Jahren Verhandlungszeit endlich in Kraft treten kann.

Doppelbesteuerung beseitigen

Nur mit wenigen Staaten bestehen Doppelbesteuerungsabkommen (DBA). Dies belastet vor Ort investierende Unternehmen in vielfältiger Weise. Am Beispiel Brasiliens wird dies besonders deutlich. Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, dem Abschluss von DBA mit Staaten der Region eine größere Bedeutung beizumessen als bisher.

Energie- und Rohstoffpartnerschaften stärken

Der ambitionierte nachhaltige Umbau der deutschen Wirtschaft benötigt sowohl Rohstoffe als auch eine stabile Verfügbarkeit bezahlbarer nachhaltiger Energie. Ohne eine enge Zusammenarbeit mit den rohstoff-, sonnen- und wasserreichen Ländern Lateinamerikas und der Karibik kann der nachhaltige Umbau nicht gelingen. Rohstoffe wie Lithium und Kupfer sowie Wasserstoff können dort gefördert, verarbeitet und nutzbar gemacht werden. Die Bundesregierung sollte dazu beitragen, strategische Partnerschaften aufzubauen und zu vertiefen, um die Verfügbarkeit dieser materiellen Voraussetzungen für die deutsche Wirtschaft zu sichern.

Modernisierung, Diversifizierung, Innovation unterstützen

Aus vielen Ländern Lateinamerikas fliehen Menschen, sowohl aus politischen als auch aus wirtschaftlichen Gründen. Eine von Europa unterstützte wirtschaftliche Entwicklung kann vor Ort helfen gegenzusteuern. Die Länder sind zum großen Teil bereit, Unterstützung von deutschen Partnern anzunehmen. Das gilt unter anderem für den Bereich der beruflichen Bildung, für den Bereich der Rechtsentwicklung, für die Implementierung von Nachhaltigkeitsstandards bei der Rohstoffgewinnung, die Förderung der Inklusion und die Kooperation im Bereich Industrie 4.0. Das Zurückfahren der Entwicklungszusammenarbeit mit den Ländern der Region sehen wir als einen strategischen Fehler an. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Bemühungen der deutschen Wirtschaft um Inklusion, Transparenz und Innovation stärker zu unterstützen. Eine neue Regierung sollte die Staaten Lateinamerikas ihrer wirtschaftlichen Bedeutung gemäß wieder in der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigen.

Rechtssysteme stärken

Ein wichtiges Entscheidungskriterium für deutsche Unternehmer bei der Auswahl von Investitionsstandorten ist die Rechtssicherheit im Zielland. Die deutsche Wirtschaft sieht hier in den meisten Ländern des Kontinents Fortschritte. Bei der Förderung von Transparenz und bei der Korruptionsbekämpfung bestehen jedoch noch Potenziale. In der Vergangenheit hat die Bundesregierung über die Entwicklungszusammenarbeit und über

regionale Kooperations- und Handelsabkommen für fairen Handels viele Fortschritte erzielt. Um die vollen Potenziale auszuschöpfen, fordern wir die Bundesregierung auf, ihre Bemühungen um Rechtssicherheit im Sinne der internationalen Wirtschaftsbeziehungen in den Staaten Lateinamerikas und der Karibik zu verstärken.

Fachkräfte qualifizieren

Eines der wichtigsten Kriterien für die Standortentscheidungen von Unternehmen ist die Verfügbarkeit von qualifizierten Fachkräften. Dies gilt insbesondere für deutsche Unternehmen, die im Hochtechnologiebereich tätig sind. Die Verfügbarkeit hat sich in Lateinamerika in den vergangenen Jahren auch dank deutscher Vorhaben vor Ort deutlich verbessert. Sie ist jedoch immer noch nicht so gut, dass alle geplanten Investitionen umsetzbar sind. Wir fordern die Bundesregierung auf, Berufsbildungsprojekte in den Ländern Lateinamerikas noch stärker zu unterstützen als bisher.

Nah- und Mittelost, Nordafrika

Das geopolitische Ringen um eine neue Weltordnung rückt auch Nordafrika und den Nahen Osten (Middle East North Africa, MENA) zunehmend in den Fokus. Die Bundesregierung und Europa sollten gezielt Partnerschaften vor unserer Haustür ausbauen, um Verbündete in einem multilateralen System zu gewinnen und die besondere Dynamik in der Wirtschaft in Teilen der MENA-Region aufgreifen und mitbegleiten. Natürliche Ressourcen, eine strategisch günstige Lage zwischen Europa, Asien und Afrika sowie die junge Bevölkerung machen die Region zu einem wichtigen und natürlichen Partner für Industrie, Handel, Finanzen und Dienstleistungen.

Herausforderungen

Die wirtschaftliche Liberalisierung der Märkte und die Zusammenarbeit mit deutschen sowie europäischen Unternehmen sind in den Ländern unterschiedlich weit entwickelt. Intraregional gilt es, Handelshemmnisse abzubauen, Zölle zu harmonisieren und den Ausbau grenzüberschreitender Infrastruktur in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation weiter voranzutreiben. Auch Freihandelsabkommen, die über bilaterale Ansätze hinausgehen und regionale Bedürfnisse stärken, wie der Golf-Kooperationsrat oder die African Continental Free Trade Area (AfCFTA), sind wichtige Elemente, die noch weitergedacht werden müssen. Diese Initiativen bergen erhebliches ungenutztes Potenzial.

Die Region steht vor einem Bevölkerungswachstum, welches mit den derzeitigen wirtschaftlichen Ressourcen kaum zu bewältigen ist. Prognosen zufolge wird die Bevölkerung bis ins Jahr 2050 auf 3,4 Milliarden Menschen anwachsen, mehr als China und Indien zusammen. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, muss die Infrastruktur in allen Bereichen wie beispielsweise Straßen, Schulen, Häusern, Versorgung von Elektrizität und Wasser immens ausgebaut und durch einen höheren Anteil am Bruttoinlandsprodukt finanziert werden. Gleichzeitig sind die Auswirkungen des Klimawandels in der Region besonders drastisch bemerkbar, etwa durch lange Dürren oder abrupte Überschwemmungen.

Petita an die neue Bundesregierung

Mehr EU-Perspektiven wagen und geschlossen auftreten

Während die handelspolitische Kompetenz bei der EU liegt, sind bilaterale und auch regionale Strategien mit Bezug zur MENA-Region oft auf nationaler Ebene verankert und teilweise in Konkurrenz mit europäischen Nachbarn. Soll die EU als Wirtschaftspartner für die Länder der Region und als Akteur neben geopolitischen Mächten wie den USA und China wahrgenommen werden, bedarf es einer Stärkung der europäischen

Zusammenarbeit. Die angekündigte Strategie der EU zum Nahen Osten der Kommissionspräsidentin sollte unbedingt Aspekte zur Diversifizierung und Kooperation im Wirtschaftsbereich enthalten. In Zukunft sollten europäische Wirtschaftsdelegationen von strategischem Interesse zusammen mit Kommissaren organisiert und als Teil eines europäischen Outreach verstanden werden.

Mehr politischer flankieren

Die Bundesregierung muss in einer Region, deren Wirtschaft zu großen Teilen staatlich gelenkt ist, politisch konsequent flankieren. Die Politik an der Seite zu haben, ist für deutsche Unternehmen unerlässlich. Insbesondere KMUs können von der Regierung als Türöffner bei der Erschließung neuer Märkte mit hochrangig besetzten Wirtschaftsdelegationen profitieren.

Energie – und Rohstoffpartnerschaften in breitere Zusammenarbeit einbetten

Die Bundesregierung sollte eine ganzheitliche Rohstoffpolitik für den Industriestandort Deutschland entwickeln, um große Transformationsvorhaben erfolgreich zu gestalten. Viele der MENA-Länder sind rohstoffreich und sollten in jeweilige Rohstoffpartnerschaften eingebettet werden. Ebenfalls sind aufgrund der geographischen Lage sowie guter Standortbedingungen (z.B. niedrige Energie- und Strompreise) einzelne MENA-Länder in der Lage, energieintensive Prozesse wie die Rohstoffweiterverarbeitung stärker bei sich anzusiedeln.

Die Entwicklungszusammenarbeit sollte mit konkreten Projekten der Rohstoffförderung, -weiterverarbeitung und des Recyclings verknüpft werden, um so Wertschöpfungsketten und hohe Standards in den Förderländern zu ermöglichen. Über die Konnektivätsinitiative "India–Middle East–Europe Economic Corridor" (IMEC) könnten die Länder der MENA-Region in globalen Liefer- und Wertschöpfungsketten auf den Leitmärkten der Zukunft eine wichtigere Rolle einnehmen. Durch eine engere Kooperation könnten Deutschland und die EU so ein De-risking von chinesischen Rohstoffexporten vorantreiben.

Zukunftssichere Außenwirtschaftsförderung schaffen

Vor dem Hintergrund der geopolitischen Lage gehörte das Nearshoring von Liefer- und Wertschöpfungsketten zu den strategischen Prioritäten der Unternehmen. Dies beinhaltet, den Zugang zu internationalen Märkten zu erleichtern und eine strategische Diversifizierung zu fördern. Um weiterhin gezielt deutsche Investitionen, Projekte und den Handel mit der MENA-Region zu stärken, sollte die Bundesregierung Finanzierungen erleichtern und Garantieinstrumente ausbauen. Investitions Garantien des Bundes sollten neben politischen Risiken auch wirtschaftliche Risiken wie Zahlungs- und Währungsrisiken absichern. Auch auf EU-Ebene sollten die Instrumente der Außenwirtschaftsförderung strategisch weiterentwickelt und gegebenenfalls mit der Entwicklungszusammenarbeit verzahnt werden.

Im Rahmen der Vergabeverfahren in der Entwicklungszusammenarbeit sollten wettbewerbsverzerrende und staatliche Anbieter stärker geprüft (und eventuell ausgeschlossen werden). Gleichzeitig sollte sich die Bundesregierung neben der Verringerung des bürokratischen Aufwands, auch für eine Lieferbindung und gezielteren Einsatz von qualitativeren Kriterien in den Vergabeverfahren einsetzen.

Privatsektor in der MENA-Region stärken

Die Diversifizierung der Wirtschaft in der Region ist in den letzten Jahren verstärkt in den Fokus der Partnerländer Deutschlands gerückt. Anhand von Industriestrategien von Ländern in ähnlicher Situation sollten Best Practices für den Aufbau von Industrie und Produktion in der Region gefördert werden. Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung verstärkt für die weitere Privatisierung von Unternehmen in den Ländern einsetzen, da die Einbindung in staatliche Strukturen für viele deutsche Unternehmen ein Hindernis darstellen könnte. Mit einem stärkeren Privatsektor hätten die MENA-Länder ein resilienteres Steuersystem.

Mit Doppelbesteuerungsabkommen Rechtssicherheit schaffen

Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) schaffen Rechtssicherheit und verringern steuerliche Hindernisse, was Investitionen erleichtert. Neben der Verhinderung von Doppelbesteuerung können viele DBAs Klauseln zum Informationsaustausch gemäß OECD-Standards schaffen und Steuertransparenz fördern.

Intraregional denken und Handelsrouten forcieren

Regionale Zusammenschlüsse wie der Golf-Kooperationsrat sollten Beispiele für Nordafrika sein. Die Etablierung einer Freihandelszone in Nordafrika würde viele Handelsbarrieren abbauen und den intraregionalen Handel steigern. Eine stabile wirtschaftliche und diplomatische Verbindung wäre geschaffen und damit auch der Grundstein für regionale Integration gelegt. Auch in den anderen Regionen sollte die Bundesregierung Handelsrouten forcieren und bei Infrastrukturprojekten- oder -instrumenten, wie Global Gateway oder dem IMEC, sich aktiv bei Reisen von unternehmerischer Expertise begleiten lassen.

Subsahara-Afrika

Die Volkswirtschaften der afrikanischen Länder wachsen seit Jahren stärker als die Weltwirtschaft. Aber angesichts des ausgeprägten Bevölkerungswachstums auf dem Kontinent, bleibt die ökonomische Expansion deutlich hinter den lokalen Bedarfen zurück. Dringend notwendig sind daher Investitionen in die Infrastruktur sowie die Bildung und Qualifizierung der Menschen. Die zunehmend stabilen Volkswirtschaften Afrikas sollten sich von überwiegend einseitig ausgerichteten Rohstofflieferanten zu wettbewerbsfähigen Produzenten innerhalb der globalen Wertschöpfungsketten weiterentwickeln. Das Kooperationsangebot deutscher Unternehmen ist langfristig angelegt und verbindet Aktivitäten und Projekte mit Investitionen in die berufliche Bildung, mit dem Transfer von Technologie und Wissen – unter Anerkennung ihrer Mitverantwortung für die Wahrung sozialer und ökologischer Standards und der Achtung und Förderung der universellen Menschenrechte. Die deutsche Wirtschaft setzt sich daher für die Stärkung wirtschaftlicher Partnerschaften, Kooperationen und Investitionen, die Förderung von Diversifizierung der Lieferketten in deutschen Unternehmen und die Verbesserung der Handelsbedingungen ein.

Petita an die neue Bundesregierung

In Zukunftsthemen investieren

Zu den Zukunftsfeldern gehören Erneuerbare Energien (u.a. zur Milderung der Folgen des Klimawandels), Landwirtschaft, Gesundheitswirtschaft, verarbeitende Industrie und Fertigung, Digitale Wirtschaft, kritische Rohstoffe und deren Verarbeitung, sowie Bauwirtschaft und Infrastruktur. Die Bundesregierung sollte die Partnerländer durch einen verstärkten wirtschaftlichen Dialog, wechselseitige Präsenz und konkrete Maßnahmen unter anderem im Bereich Handel und Investitionsförderungen unterstützen.

Diversifizierung fördern, Finanzierung erleichtern

Die Bundesregierung sollte die Diversifizierung deutscher Unternehmen in Richtung afrikanischer Märkte in den Bereichen Handel und Investitionen wirksam unterstützen. Um dies zu erreichen, sollte die Bundesregierung eine Verbesserung der staatlichen Risikoabsicherung durch die Exportkredit- und Investitions Garantien und weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzierungsbedingungen von Projekten in afrikanischen Ländern vorantreiben. Die Garantien müssen sich stärker an den Geschäftsaktivitäten und Finanzierungsbedarfen von KMUs orientieren und diese gegenüber globalen Wettbewerbern besser unterstützen. Attraktivere Angebote mit Blick auf die Zinsen können die langfristige Planbarkeit von Finanzierungsangeboten verbessern. Finanzierungsinstrumente wie ImpactConnect sollten zudem ausgebaut werden.

Besonders hervorzuheben ist dabei eine verbesserte Absicherung der Finanzierung von Projekten zur klimaneutralen Elektrifizierung und Industrialisierung in Kooperationsprojekten mit deutschen Unternehmen, vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien und insbesondere mit Blick auf Grünen Wasserstoff. In diesem Rahmen sollte eine weitere, die Interessen beider Seiten berücksichtigende Erweiterung der Energiepartnerschaften angestrebt werden.

Die Bundesregierung muss ebenfalls die Finanzierung von Investitionen erleichtern, und eine nachhaltige Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen und Energieträgern sicherstellen. Durch ein langfristig angelegtes Soft-Loan-Programm sollte die Bundesregierung die preisliche Wettbewerbsfähigkeit von technologieintensiven Exporten deutscher Unternehmen stärken (Wirtschaftsfonds Afrika).

Die Fortführung und Weiterentwicklung der Compact with Africa-Initiative, bessere Abstimmung der Ministerien und Wiederaufnahme der Gipfeltreffen mit afrikanischen Staats- und Regierungschefs mit besonderem Fokus auf die Begleitung von privatwirtschaftlichen Investitionen und Projekten brauchen Priorität. Denkbar ist zudem die Schaffung einer Koordinierungsstelle, beispielsweise durch die Ernennung eines Staatsministers, um die Umsetzung der Maßnahmen voranzutreiben.

Die EU-Ebene einbinden

Auch auf europäischer Ebene sollte die Wirtschaftspartnerschaft mit Afrika verstärkt unterstützt werden:

- Es darf keine weitere Bürokratie und keine neuen Risiken für Unternehmen im Zuge der europäischen Gesetzgebung zu nachhaltigen Lieferketten (Richtlinie über die Sorgfaltspflicht von Unternehmen) geben.
- Die Bundesregierung sollte die Umsetzung der Global Gateway Initiative mit der Maßgabe, dass vorrangig europäische Unternehmen, wo möglich in Partnerschaft mit afrikanischen Unternehmen, die Ausführung der Projekte übernehmen, fokussieren. Die Finanzierung und Absicherung von rein privatwirtschaftlichen Projekten sollte ermöglicht werden.
- Es braucht einen Abbau von Hemmnissen für den Import von (verarbeiteten) Gütern und landwirtschaftlichen Produkten aus afrikanischen Ländern in die EU.
- Die Bundesregierung sollte die entstehende panafrikanischen Freihandelszone (AfCFTA) und der Aufbau eines europäisch-afrikanischen Freihandelsabkommens sowie vorgelagerter Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) unterstützen.

Entwicklungspolitische Zeitenwende einleiten

Entwicklungspolitische Instrumente sollten stärker in die wirtschaftliche Zusammenarbeit eingebunden werden. Sie sollten vermehrt Kooperationen mit der deutschen Wirtschaft etwa im Bereich Infrastrukturausbau, in der Unterstützung von

Berufsbildungsmaßnahmen und im Beschäftigungsaufbau oder zur Absicherung von besonders entwicklungsförderlichen Projekten der Privatwirtschaft unterstützen. Deutschland muss im Vergleich zur internationalen Konkurrenz bei den Förderinstrumenten nachziehen, um deutschen Unternehmen bei Markteintritt und Auftragsvergabe zu stärken und afrikanischen Partnern gleichberechtigte wirtschaftsorientierte Kooperation anzubieten.

Insgesamt sollte ein deutlich höherer Anteil der Mittel der Förderstrukturen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) an deutsche Unternehmen vergeben werden, um deren Präsenz in afrikanischen Ländern zu stärken. Private Banken könnten hierdurch zu weiteren Kreditvergaben ermutigt werden. Privatwirtschaftliche Programme zur Fachkräfteentwicklung sollten zudem leichter als Bildungsaktivität im Rahmen von entwicklungspolitischer Förderung anerkannt werden.

Die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit sollte sich stärker für die Interessen der deutschen und lokalen Unternehmen öffnen. Die im Rahmen von Regierungsverhandlungen festgelegten Schwerpunkte sollten damit zur Förderung von Handel und Investitionen beitragen, was nicht zuletzt der Partnerorientierung im deutsch-afrikanischen Verhältnis der Bundesregierung dienen wird.

Über die Initiativen

APA: Der Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft fungiert als Brückenbauer zwischen der deutschen Asienwirtschaft und der Politik in Deutschland und in den asiatischen Partnerländern. Der APA bündelt die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Anliegen und Interessen der deutschen Unternehmen in der Region Asien-Pazifik. Angestrebt sind die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Ländern der Asien-Pazifik-Region und die Förderung von Handel und Investitionen in beide Richtungen. Der APA ist eine Initiative von BDI, DIHK, OAV, BGA und Bankenverband.

TBI: Die Transatlantic Business Initiative (TBI) setzt sich für eine Stärkung der deutschen und europäischen Wirtschaftsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten und Kanada ein. Gleichzeitig dient die TBI sowohl der Bundesregierung als auch den EU-Institutionen sowie den Regierungen Kanadas und der USA als Ansprechpartner für wirtschaftspolitische Fragen. Getragen wird die Initiative von den vier Wirtschaftsverbänden: BDI, DIHK, BGA und dem Bankenverband. Die in der TBI vertretenen Unternehmen befassen sich gemeinsam mit den Trägern mit transatlantischer Handels- und Investitionspolitik, Energie- und Klimapolitik, sowie Fragestellungen aus der Daten-, Digital- und Finanzpolitik.

OA: Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft ist die älteste und größte Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft. Unterstützt werden die Aktivitäten deutscher Unternehmen in 29 Ländern Mittel-, Ost- und Südosteuropas, des Südkaukasus und Zentralasiens. Der deutsche Osthandel steht insgesamt für rund ein Fünftel des gesamten deutschen Außenhandels und ist damit bedeutender als der Handel mit den USA und China zusammen. Der Ost-Ausschuss hat über 350 Mitgliedsunternehmen und -verbände und wird von sechs Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft – BDI, BGA, Bankenverband, DIHK, GDV und ZDH – getragen.

LAI: In der Lateinamerika-Initiative der Deutschen Wirtschaft haben sich deutsche Spitzen- und Regionalverbände sowie die AHKs in Lateinamerika und der Karibik zusammengeschlossen, um gemeinsam die Interessen deutscher Unternehmen gegenüber der Bundesregierung und den Regierungen Lateinamerikas zu vertreten. Dazu kommt die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden in den Partnerländern. In regelmäßigen Abständen führt die LAI große Wirtschaftsveranstaltungen durch: alle zwei Jahre die Lateinamerika-Konferenz der Deutschen Wirtschaft mit hochrangigen Teilnehmern aus Politik und Wirtschaft sowie die Zentralamerika-Konferenz. Dazu organisiert die LAI regelmäßig Treffen mit hochrangigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträgern aus der Region.

NMI: Als Sprachrohr der deutschen Wirtschaft in Deutschland und in der MENA-Region stärkt die Nordafrika Mittelost Initiative der deutschen Wirtschaft den Auf- und Ausbau der bilateralen Geschäftsbeziehungen. Sie gestaltet die inhaltliche Diskussion zu Potenzialen und Herausforderungen in den Bereichen Handel und Investitionen und

kommuniziert die wirtschaftspolitischen Interessen deutscher Unternehmen in Bezug auf die MENA-Region. Die Initiative wird getragen von: BDI, DIHK, BGA, Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft e.V und Bankenverband. Sie verfügt über hochrangige Kontakte zu Politik und Wirtschaft in Deutschland und in der MENA-Region, über eine ausgeprägte inhaltliche Expertise und ein breites Netzwerk, dem insbesondere die deutschen AHKs in der Region angehören.

SAFRI: Die Subsahara-Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft wird partnerschaftlich getragen von DIHK, BDI, BGA und dem Afrika-Verein der Deutschen Wirtschaft (AV). Unter der Regionalinitiative setzen sich die Träger gemeinsam für eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den Ländern Subsahara-Afrikas ein. Ziel der SAFRI ist die Förderung nachhaltiger und partnerschaftlicher Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und Subsahara-Afrika. Zu diesem Zweck wollen die Träger gemeinsam die Wahrnehmung Afrikas als Chancenkontinent für die deutsche Wirtschaft stärken, den Dialog zwischen deutscher und afrikanischer Wirtschaft und Politik fördern und eine Plattform zum Austausch zwischen deutschen und afrikanischen Partnern bieten.

Ansprechpartner

Für den Asien-Pazifik Ausschuss

Friedolin Strack

Geschäftsführer und Sprecher der Geschäftsführung

Asien-Pazifik-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft (APA)

www.a-p-a.eu

Für die Transatlantic Business Alliance

Matthias Krämer

Abteilungsleiter Außenwirtschaftspolitik BDI e.V.

Transatlantic Business Alliance (TBI)

www.transatlanticbusiness.de

Für den Ostausschuss

Andreas Metz

Leiter Public Affairs

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. (OA)

www.ost-ausschuss.de

Für die Lateinamerika-Initiative

Dr. Mark Heinzl

Referatsleiter Nord- und Lateinamerika DIHK

Lateinamerika Initiative der Deutschen Wirtschaft (LA)

www.lateinamerika-initiative.de

Für die Nordafrika Mittelost Initiative

Sonja Thebes

Geschäftsführerin und Koordinatorin

Nordafrika Mittelost Initiative der Deutschen Wirtschaft (NMI)

www.nm-initiative.de

Für die Subsahara Initiative

Dr. Thando Sililo

Leiter des Referats Subsahara-Afrika DIHK

Subsahara-Afrika Initiative der Deutschen Wirtschaft (SAFRI)

www.safri.de